

Deutschland-Burg: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 26/2023 06/02/2023

**Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Burg (Dithmarschen)

Postanschrift: Holzmarkt 7

Ort: Burg (Dithmarschen)

NUTS-Code: DEF05 Dithmarschen

Postleitzahl: 24534

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GM.SH) AöR

E-Mail: E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.gmsh.deAdresse des Beschafferprofils: <https://www.e-vergabe-sh.de>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Neubau bzw. Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses der Gemeinde Burg (Dithm.)

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 34 HOAI, LPH 1-9, Leistungen für Brandschutz gem. AHO Heft Nr. 17, Besondere Leistungen, stufenweise Vergabe

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 304 477,05 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF05 Dithmarschen

Hauptort der Ausführung: 25712 Burg (Dithm.)

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der AG plant, das Feuerwehrgerätehaus in der Gemeinde Burg (Dithmarschen) zu erweitern bzw. neu zu errichten. Nach einer ersten Einschätzung besteht eine Bedarfsfläche von rund 1.600 qm für den Sozialtrakt, den Werkstattbereich, dem Umkleidebereich und dem Lagerbereich / Fahrzeughalle. Der Neubau ist für die nächsten Jahre auf dem jetzigen Gelände geplant.

Aufgrund der beengten Grundstückskapazitäten sind besondere Anforderungen an die Planungs- bzw. Lösungsansätze für die Erweiterungsmöglichkeiten zu erwarten. Das Gelände der Feuerwehr Burg (Dithmarschen) liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils gemäß § 34 BauGB. Die Aufstellungsnotwendigkeit eines einzelfallbezogenen Bebauungsplanes ist zu prüfen, so dass hier entsprechende Abstimmungstätigkeiten erwartet werden. Erwartet wird ferner, die Flächenbedarfe für die verschiedenen Nutzungen zu optimieren.

Der Auftragnehmer ist gehalten, Vorschläge zu unterbreiten, die zur Vereinfachung und Verbesserung und / oder zur Kostensenkung führen. Ein diesbezüglicher Vorschlag ist Gegenstand der Leistungen der Objektplanung in der Leistungsphase 2 (Vorplanung, Projekt- und Planungsvorbereitung). Die Realisierung dieser Vorschläge bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Im Detail gelten die Leistungen gemäß Vertragstext zu diesem Objekt.

Die vorläufige Kostenschätzung für einen Neubau beläuft sich auf 4.173.700 € brutto (KG 300+400). Da entfallen auf die KG 300 ca. 2.652.601 € brutto und auf die KG 400 ca. 1.521.099 € brutto. Die o.g. Baukostenobergrenze von insg. 4.173.700 € brutto ist dabei als ein Wert zu verstehen, an dem sich der Entwurf in allen Projektstadien auszurichten hat und der bereits im Vorentwurf auf seine Umsetzbarkeit zu überprüfen ist.

Die Anforderungen an die Raumplanungen ergeben sich aus den Vorgaben der Feuerwehrunfallkasse Nord und den Feuerwehrbedarfsplan. Die Wehrführung ist neben dem AG eng in die Planungen einzubinden.

Zu diesem Zweck werden Planungsbüros zur Teilnahme am Wettbewerb aufgefordert, die die Leistungsbilder Objektplanung Gebäude und Innenräume sowie Brandschutz abdecken und in der Vergangenheit ähnliche Maßnahmen als Einzelbewerber oder im Projektteam verwirklicht haben.

Es sollen die Leistungsphasen 1-9 in den Leistungsbildern nach § 34 HOAI und die LPH 1-7 der Leistungen für Thermische Bauphysik gem. Anlage 1.2.1 HOAI bearbeitet werden. Der Umfang der Planungsleistungen für die Maßnahme beinhaltet die Planung und Überwachung von vollständig funktions- und genehmigungsfähigen Gebäudeteilen. Die Beauftragung wird stufenweise erfolgen. Zunächst erfolgt eine stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen 1 (Grundlagenermittlung) und 2 (Vorplanung, Projekt- und Planungsvorbereitung). Die Beauftragung weiterer Leistungsphasen behält sich der AG vor. Erst aufgrund der Ergebnisse aus den Leistungsphasen 1 und 2 wird eine endgültige Entscheidung zwischen einem Erweiterungs- und Umbau des vorhandenen Bestandes bzw. einem Neubau getroffen. Folgendes Verfahren wird durchgeführt:

In Phase 1 werden potentielle Bewerber zur Teilnahme aufgefordert und reichen den Teilnahmeantrag mit den geforderten Nachweisen ein.

In Phase 2 werden die eingegangenen Teilnahmeanträge geprüft und die Anzahl der zugelassenen Bewerber wird beschränkt.

Die Bewerber der Phase 2 werden gesondert zu einem Verhandlungsverfahren aufgefordert. Verfahrensbezogene Vergabeunterlagen sind auf der E-Vergabeplattform zum Verfahren unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlattformIdAndTenderId/plattformId/7/tenderId/121003434> eingestellt.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität der zu erwartenden Leistung im Hinblick auf den hierausgeschriebenen Auftragsgegenstand / Gewichtung: 6

Qualitätskriterium - Name: Gewährleistung von Kosten- und Terminalsicherheit in der Planung und in der Baudurchführung / Gewichtung: 5

Qualitätskriterium - Name: Kommunikationsfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und Verfügbarkeit der für die Dienstleistung verantwortlichen Personen / Gewichtung: 5

Kostenkriterium - Name: Gesamthonorar / Gewichtung: 4

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenbeauftragung

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 164-465744](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Bezeichnung des Auftrags:

Neubau bzw. Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses der Gemeinde Burg (Dithm.)

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

31/01/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 3

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: JF Architekten und Stadtplaner Fuchs und Dycker PartG mbB

Postanschrift: Hafestraße 9

Ort: Husum

NUTS-Code: DEF07 Nordfriesland

Postleitzahl: 25813

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Ursprünglich veranschlagter Gesamtwert des Auftrags/des Loses: 344 945,82 EUR

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 304 477,05 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Fragen sind schriftlich über die E-Vergabepattform oder per E-Mail an E-Vergabe-Fbdl@gmsh.de zu stellen. Fragen werden bis zum 16.09.2022 angenommen. Der Fragen- und Antwortenkatalog wird auf der Seite <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/7/tenderId/121003434> unter der jeweiligen Vergabe veröffentlicht.

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist in Textform mithilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabepattform www.e-vergabe-sh.de einzureichen. Hierzu ist eine einmalige Registrierung erforderlich. Auf der E-Vergabepattform befindet sich zur jeweiligen Vergabenummer für den Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen ein einziger Platzhalter. Über diesen ist der Teilnahmeantrag einschließlich aller Anlagen entweder als eine Gesamtdatei im PDF-Format oder als ZIP-Datei mit Ordnerstruktur hochzuladen. Bewerbergemeinschaften haben für ihre Bewerbung den Teilnahmeantrag des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einschließlich seiner Anlagen hochzuladen. Diesem sind die Teilnahmeanträge aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Anlagen beizufügen. Entsprechendes gilt im Fall der Eignungsleihe für die anderen Unternehmen.

Allgemeine Verfahrenshinweise für die unter III.1.1) bis III.1.3) sowie III.2.1) bis III.2.2) genannten Bedingungen:

- Die unter III.1.1) bis III.1.3) sowie III.2.1) bis III.2.2) genannten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind unter Verwendung des Formblattes Teilnahmeantrag II-1 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist bei der Vergabestelle einzureichen und müssen aktuell (nicht älter als 12 Monate, außer Diplom-Urkunden und Kammereintragungen) und noch gültig sein.
- Soweit in den Vergabeunterlagen auf Formblätter verwiesen wird, sind diese zu verwenden.
- Die geforderten Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstigen Unterlagen sind für alle Leistungsbilder vorzulegen.
- Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Eignungsnachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.
- Geforderte Angaben, Erklärungen, Nachweise und sonstige Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen, sofern diese im Formblatt Teilnahmeantrag II-1 nicht bereits enthalten sind. Zu jeder Anlage ist die Anlagennummer einzutragen. Am Ende des Teilnahmeantrags sind die Anlagen in der Reihenfolge aufzuführen, in der sie auf den vorherigen Seiten angegeben wurden.
- Gem. § 50 Abs. 3 VgV müssen Bewerber oder Bieter u.a. dann keine Eignungsnachweise beibringen, soweit die Zuschlag erteilende Stelle bereits im Besitz dieser Nachweise ist. Dies kann dann der Fall sein, wenn Bewerber oder Bieter diese Nachweise bereits in einem früheren Vergabeverfahren eingereicht haben. Wollen sich Bewerber oder Bieter in einem laufenden Vergabeverfahren auf diese Verfahrenserleichterung berufen, so haben sie die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens anzugeben, in dem sie diese Nachweise eingereicht haben. Ohne Angabe der vorgenannten Vergabenummer kann auftraggeberseits nicht nachvollzogen werden, ob und welche Nachweise von den Bewerbern oder Bietern in früheren Vergabeverfahren vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jeweilige Vergabeverfahren aktuell sein müssen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Postanschrift: Düsternbrooker Weg 94

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24105

Land: Deutschland

Telefon: +49 431-988-4640

Fax: +49 431-988-4702

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor den Vergabekammern (§ 155 ff. GWB). Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Ein wirksam erteilter Zuschlag kann nicht aufgehoben werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Ist der Zuschlag bereits erteilt, kann die Unwirksamkeit eines Vertrages nach § 135 Abs. 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

Postanschrift: Küterstraße 30

Ort: Kiel

Postleitzahl: 24103

Land: Deutschland

E-Mail: E-vergabe-Fbdl@gmsh.de

Telefon: +49 431-599-2300

Fax: +49 431-599-1510

Internet-Adresse: <http://www.gmsh.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

01/02/2023